

Den Rechtsstaat stärken und ausbauen – Unbescholtene Bürger nicht unter Terrorverdacht stellen!

Die Anschläge von Brüssel, Paris und Kopenhagen waren ein Angriff auf die Werte unserer freien und offenen Gesellschaften in Europa. Anstatt jedoch in Hysterie und Panikmache zu verfallen, gilt es, gezielt auf Bedrohungslagen zu reagieren. **Angriffe von Extremisten auf die Meinungs- und Religionsfreiheit dürfen nicht mit einem Angriff auf die Bürgerrechte beantwortet werden. Die Verteidigung unserer Werte wird niemals durch deren Einschränkung gelingen.** Im Rechtsstaat dürfen Bürger nicht unter einen allgemeinen Terrorverdacht gestellt werden.

Die Attentäter von Brüssel, Paris und Kopenhagen waren alle behördlich bekannt. Das Augenmerk der Terrorismusbekämpfung im Rechtsstaat muss deshalb stärker auf das Finden der Nadel im Heuhaufen anstatt auf die Vergrößerung des Heuhaufens gelegt werden. Eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze ist dafür nicht zielführend. Die Freien Demokraten NRW treten reflexhaften Forderungen und der aktuellen Initiative der Bundesregierung nach einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Kommunikations-, Reise-, und Finanzdaten entschieden entgegen. **Wir brauchen nicht ein mehr an Daten von Allen, sondern eine genauere Überwachung von konkret Verdächtigen.**

Die Freien Demokraten fordern deshalb:

1. Keine grundrechtswidrigen Überwachungsinstrumente

Der EuGH hat durch sein Urteil zur europäischen Richtlinie über die **Vorratsdatenspeicherung** unsere jahrelange Kritik bestätigt. Der Gerichtshof hat die Praxis, ohne Anlass und Verdacht die Daten aller Bürger zu speichern, **für rechtswidrig erklärt**, da die Eingriffsintensität in Grundrechte in keinem angemessenen Verhältnis zum erwarteten Erfolg steht. Dieses Urteil hat Signalwirkung: Alle europäischen Gesetze und internationalen Abkommen mit Drittländern, durch die die Daten von Bürgerinnen und Bürgern anlasslos gespeichert werden, müssen unverzüglich auf den Prüfstand. Wenn der Grundrechtseingriff nicht zu rechtfertigen ist, muss er unterbleiben, müssen die Gesetze und Abkommen aufgehoben oder nachgebessert werden. Gerade im Hinblick auf das SWIFT-Abkommen mit den USA fordern wir zudem, dass endlich ein mit dem EuGH-Urteil im Einklang stehendes **EU-US Datenschutzrahmenabkommen** verabschiedet wird.

Die FDP lehnt die in dieser Woche vorgestellten Pläne der Großen Koalition zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikation- und Internetverkehrsdaten in Deutschland entschieden ab. Die Vorratsdatenspeicherung ist der Einstieg in einen Überwachungsstaat, der seine Bürger unter Generalverdacht stellt und zur nachgelagerten Aufklärung von Verbrechen wenig beiträgt. Zur Abwehr zukünftig drohender terroristischer Gefahren ist sie nutzlos. Die insoweit tätigen Gefahrenabwehrbehörden und Verfassungsschutzämter sind bereits heute über die für sie jeweils gültigen Gesetze mit allen notwendigen und verfassungsrechtlich zulässigen Befugnissen ausgestattet. Die vom Bundesjustizminister am Mittwoch dieser Woche vorgestellten „Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ sind verfassungswidrig. Die Pläne beweisen: Ohne die FDP und ihre liberale Justizpolitik werden die Bürgerrechte in Deutschland mit Füßen getreten und gehen verloren.

2. Hohes Datenschutzniveau in Europa aktiv durchsetzen

Die Freien Demokraten wollen einen strengen europäischen Datenschutz durchsetzen – dazu soll die europäische Datenschutzgesetzgebung novelliert und die europäischen Bürgerrechte gestärkt werden. Eine wirksame EU-Datenschutzgrundverordnung ist notwendig und wäre ein Meilenstein. Der europäische Datenschutz darf aber keine Mogelpackung werden: Der aktuelle und von der Bundesregierung mitgetragene Entwurf ist ein Rückschritt und hebt zentrale Datenschutzgrundsätze aus. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Grundsatz der **Datensparsamkeit auf europäischer Ebene** durchzusetzen, weitere Verschlechterungen des deutschen Datenschutzniveaus zu verhindern und eine Verordnung durchzusetzen, die ein mehr an Bürgerrechten bringt.

3. Ausbau des internationalen Rechtsrahmens

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, **dass europäische Datenschutzstandards international** sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor durch konkrete Rechtsrahmen **abgesichert** werden. Zu-

dem **muss das Safe-Harbour-Abkommen grundsätzlich reformiert werden**, um sicherzustellen, dass europäisches Recht nicht umgangen werden kann und ein effektiver Rechtsschutz für deutsche und europäische Bürger in den USA ermöglicht wird. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die US-Regierung eine Klagemöglichkeit für EU-Bürger auf Grundlage des US Privacy Act eröffnet hat, um sich gegen die unberechtigte Weiterleitung oder Veröffentlichung von persönlichen Daten in die USA zur Wehr setzen zu können.

4. Verbesserung der Gefahrenabwehr und der Präventionsarbeit

Die Freien Demokraten NRW setzen sich für konkrete Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr entsprechend der unmittelbaren Bedrohungslage ein. Wir fordern **mehr Ressourcen für die Sicherheitsbehörden**, um die **gezielte Überwachung von möglichen Gefährdern** zu verstärken. Um Ausreisen in und Wiedereinreisen aus Krisengebieten mit dem Ziel der Ausbildung zum Terroristen zu verhindern, muss der **Informationsaustausch der Behörden auch auf der europäischen Ebene** weiter intensiviert werden. Wichtig ist, dass eine europäische Behörde ein präzises Lagebild über die Reisebewegungen erkannter Gefährder hat, damit sie nationale Behörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU (und darüber hinaus) zeitnah und zuverlässig informieren kann. Des Weiteren müssen die **Eindämmung des illegalen Waffenhandels und der Terrorismusfinanzierung** **Prioritäten der Gefahrenabwehr** bleiben.

Die Freien Demokraten NRW setzen sich darüber hinaus für eine verstärkte staatliche und zivilgesellschaftliche Förderung von **Präventionsprogrammen** ein. Dabei muss vor allem der Terrorpropaganda im Internet durch gezielte Aufmerksamkeits- und Ausstiegskampagnen begegnet werden. Zusätzlich sollten Rekrutierungsbemühungen in Verbänden und Gefängnissen durch die Isolierung von Gefährdern und den Ausbau von gezielten Deradikalisierungsprogrammen unterbunden werden. Langfristig muss dem Extremismus durch verstärkte Bildungsangebote und gelingende Integration der Nährboden entzogen werden.